

# „Die Türken sind doch schon in der EU“

## EU-BEITRITT Verhandlungen gefordert

Deutsch-Türken sind sich in der Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei einig: Sie fordern von Deutschland, die Annäherung an den Westen zu unterstützen.

**DELMENHORST/HRZ** – Seit langem versucht die Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Zurzeit prüft die EU, ob die politischen Kriterien dafür erfüllt sind. Das hat die Diskussion erneut angefecht.

Ibrahim Tuner, Ratsmitglied der SPD, versteht die Diskussion um den Beitritt nicht. Es lebten zirka zehn Millionen türkisch-stämmige Bürger in den Staaten der Union. „Die Türken sind doch schon in der EU.“ Darum mache schon der Gedanke der Integration den Beitritt nötig. Den Millionen Immigranten in Deutschland öffneten sich dann ganz andere Möglichkeiten zu arbeiten und zu investieren. Die deutschen Türken seien nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch selbstständige Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen.

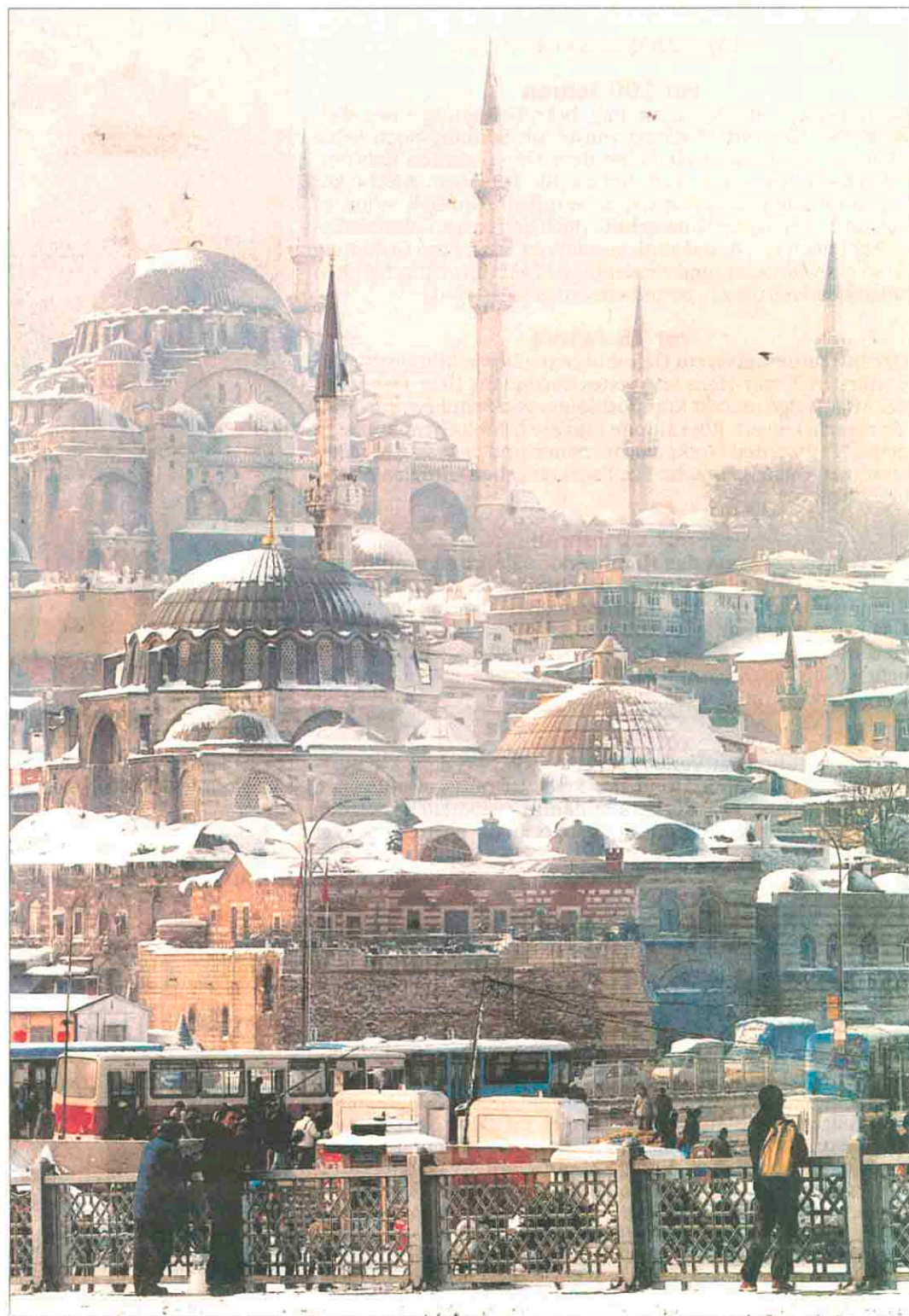
Daneben betont Tuner die politischen Veränderungen in der Türkei. „Bei der letzten Wahl wurden 600 Abgeordnete neu gewählt.“ Das zeige, dass sich das türkische Volk zu mehr Demokratie entschieden habe. Die EU müsse das nun ernst nehmen und die Chance einer dauerhaften Westorientierung erkennen. „Wenn die EU diese Tür schließt, habe ich Angst vor einem Stillstand in der Türkei.“ Zudem sei die Türkei ein Industrieland, das für Europa neue Investitionsmöglichkeiten biete.

Der Vorsitzende des runden Tisches für Migranten, Tamer Sert, sieht ebenfalls keinen Grund für die Europäer, die Türkei nicht aufzunehmen. Er geht sogar noch weiter: Der Beitritt wäre seiner Meinung nach schon vor der Wahl der Regierung Erdogan sinnvoll gewesen. „Die Türkei hätte grundsätzlich auch schon viel früher beitreten können.“ Auf die Frage nach dem Umgang mit der kurdischen Minderheit angesprochen, sagt er: „Die Türkei hat kein Kurdenproblem.“ In dem Land werde jeder gerecht und unabhängig von seiner Herkunft gleichgestellt. Auch die zahlreichen kurdischen Flüchtlinge, die bis vor einiger Zeit von Deutschland Asyl gewährt bekamen, seien nicht aus politischen

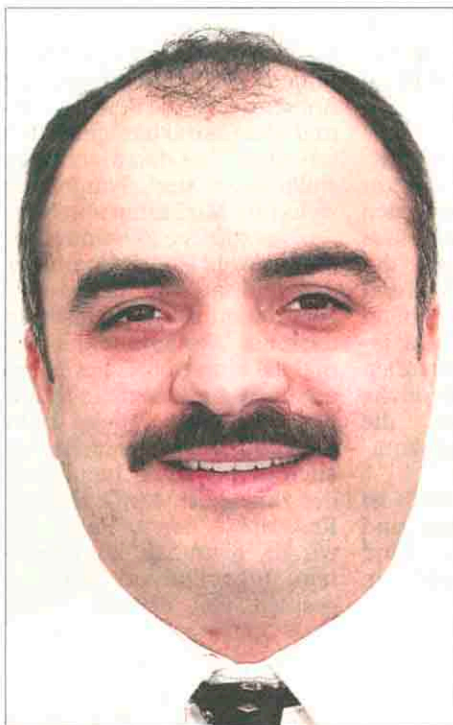
Gründen verfolgt worden, behauptet Sert. Darüber hinaus bilde die Türkei eine kulturelle Brücke zwischen Europa und den Staaten Arabiens und des nahen Ostens. Diese Brücke müsse nun auch auf die politischen Verhältnisse übertragen werden. „Das ist für die EU die einmalige Chance, die kulturelle Barriere zur Türkei abzubauen.“

Bei der Einmischung in Konflikte des nahen und mittleren Ostens könne die Türkei ein hilfreicher Partner des Westens sein. „Amerika ist nicht der Staat, der bei den arabischen Kulturen eingreifen sollte.“ Die Vorurteile der arabischen Völker gegen die USA machten ein friedliches Miteinander unmöglich. „Mit der Hilfe der Türkei könnte es schmerzloser sein.“

Murat Kalmis, der für die FDP im Rat sitzt, wendet sich gegen die Haltung von Angela Merkel. Deren Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“ bezeichnet er als „Frechheit“. „Mit dem Konzept berücksichtigt Frau Merkel zu wenig, welche wichtige Rolle die Türkei für die Europäische Union einnimmt.“ Eine solche Position stärke die Gegner der Demokratisierung. Rückstände in der Rechtsstaatlichkeit und beim Anwenden der Menschenrechte räumt er ein. Aber das bestärke ihn nur in seiner Position: „Gerade nun müssen die demokratischen Kräfte unterstützt werden, damit der Staat die Defizite abbauen kann.“



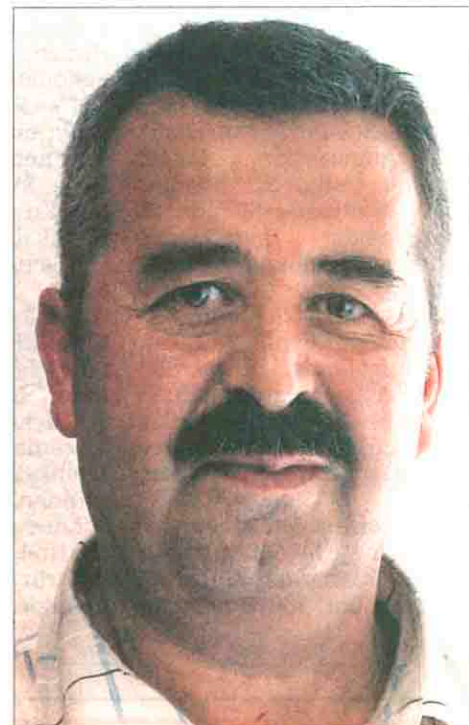
Die Skyline von Istanbul. Die Metropole am Bosphorus liegt auf der geographischen Grenze zwischen Europa und Asien. Ob die Türkei politisch zu Europa gehören soll, wird zurzeit viel diskutiert. Zum einen gibt es kulturelle Unterschiede, zum anderen wäre es für die Türkei eine Chance zu mehr Demokratie. FOTO: DPA



Tamer Sert (Runder Tisch für Migranten)



Murat Kalmis (FDP) ARCHIVFOTOS (2): HORST SCHILLING



Ibrahim Tuner (SPD)

ARCHIVFOTO: HEIKE SZYMCAK